

NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung der **Stadtverordnetenversammlung** der Stadt Schlitz
am Montag, dem 24.06.2019,
in der Kulturscheune in Queck
Legislaturperiode 2016 - 2021

Sitzungsbeginn: 19:03 Uhr Sitzungsende: 21:08 Uhr

Es waren anwesend:

Ritz, Walter, Stadtverordnetenvorsteher
Güldner, Jens, 1. stv. Stadtverordnetenvorsteher
Döring, Frank, 2. stv. Stadtverordnetenvorsteher/ Fraktionsvorsitzender
Dr. Marxsen, Jürgen, 3. stv. Stadtverordnetenvorsteher/ Fraktionsvorsitzender
Braun, Daniel, 4. stv. Stadtverordnetenvorsteher/ Fraktionsvorsitzender
Alles, Kevin, Fraktionsvorsitzender
Applegate, Margit, Stadtverordnete
Becker, Felix, Stadtverordneter
Becker, Stefanie, Stadtverordnete
Can, Ahmet, Stadtverordneter
Can, Zeynel, Stadtverordneter
Dickert, Jürgen, Stadtverordneter
Dickert, Sonja, Stadtverordnete
Gottwald, Gerald, Stadtverordneter
Hillebrand, Elisabeth, Stadtverordnete
Prof. Dr. Hillebrand, Konrad, Stadtverordneter
Dr. Koch, Klaus-Dieter, Stadtverordneter
Kohl, Ria, Stadtverordnete
Kokel, Marius, Stadtverordneter
Dr. Landgraf, Katja, Stadtverordnete (ab 19:55 Uhr)
Röhm-Kleine, Sylvia, Stadtverordnete
Siemon, Heiko, Stadtverordneter
Stullich, Jürgen, Stadtverordneter
Sussemichel, Ralf, Stadtverordneter
Weber, Paul, Stadtverordneter
Altstadt, Alexander, Bürgermeister
Dickert, Hans-Helmut, Erster Stadtrat
Dr. Holzapfel, Rüdiger, Stadtrat
Kreuzer, Willy, Stadtrat (ab 19:29 Uhr)
Michel-Herbert, Andrea, Stadträtin
Dr. Özalp, Dursun, Stadtrat
Weppler, Helmut, Stadtrat
Bierwirth, Arne, Schriftführer

Nicht anwesend:

Dickert, Michael, Stadtverordneter	(entschuldigt)
Rohde-Fischer, Eva-Maria, Stadtverordnete	(entschuldigt)
Schäfer, Dirk, Stadtverordneter	(entschuldigt)
Trier, Marco, Stadtverordneter	(entschuldigt)
Völzke, Sven, Stadtverordneter	(entschuldigt)
Ziegler, Thomas, Stadtverordneter	(entschuldigt)
Löxkes-Vogt, Christa, Stadträtin	(entschuldigt)

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.05.2019
2. Bericht aus der Arbeit des Magistrats
- 2.1. Gerichtsentscheidung Straßenbeitragssatzung
3. Bericht Haushaltsvollzug gem. § 28 GemHVO
4. Haushaltsplan 2019
Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 200.000 Euro
VL-981/XI
5. Errichtung einer Kanuanlegestelle in Sandlofs
hier: Aufhebung des Sperrvermerks
VL-970/XI
6. Aktive Kernbereiche in Hessen
hier: Aufbau der Lokalen Partnerschaft
VL-971/XI
7. Bauleitplanung der Stadt Schlitz;
40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schlitz in der Gemarkung Schlitz im Bereich Am mittelsten/Am untersten Weg
hier: a) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB sowie Beratung und Beschlussfassung über die im Rahmen der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit
b) Feststellungsbeschluss gem. § 6 BauGB
VL-968/XI
8. Bauleitplanung der Stadt Schlitz;
Änderungsplan Nr. 1 zum Bebauungsplan "Am mittelsten/Am untersten Weg", Kernstadt Schlitz
hier: a) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB sowie Beratung und Beschlussfassung über die im Rahmen der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit
b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und § 9 (4) BauGB i. V. m. § 5 HGO und § 91 HBO (integrierte Gestaltungssatzung) und § 37 (4) HWG (wasserrechtliche Festsetzungen)
VL-969/XI
9. Anträge und Anfragen der Fraktionen
- 9.1. Fraktion CDU vom 05.06.2019
- 9.1.1 Antrag: Landesausgleichstock
- 9.1.2 Antrag: Vorstellung der Arbeit des Ordnungsamtes
- 9.1.3 Anfrage: Verspätete Eröffnung des Freibades
- 9.1.4 Anfrage: Engpässe bei der Versorgung der Feuerwehrleute mit persönlicher Schutzausrüstung
- 9.2. Fraktion BLS vom 08.06.2019
- 9.2.1 Antrag: Einbringung von Einzelhaushalten
- 9.2.2 Antrag: Schutzhütten am Tempelberg

- 9.2.3 Antrag: Entsorgung von Problemabfällen
- 9.2.4 Antrag: Lichtverschmutzung in Schlitz
- 9.2.5 Anfrage: Schwimmkurse für Flüchtlinge
- 9.2.6 Anfrage: Sicherung gefährdeter Gebäude der ehemaligen Brauerei
- 9.3. Fraktion FDP vom 09.06.2019
- 9.3.1 Antrag: Prüfung statische Blitzeinrichtung im Grund Ortseinfahrt / -ausfahrt Willofs
- 9.3.2 Antrag: Verkehrsführung Schlesische Straße / Seebergstraße / Pestalozzistraße
- 9.3.3 Antrag: Hundekot in der Schlitzer Innenstadt beseitigen
- 9.3.4 Anfrage: Glyphosat auf stadteigenen Flächen
- 9.3.5 Anfrage: Vorstellung der Arbeit des Tierheims Lauterbach
- 9.4. Fraktion SPD vom 10.06.2019
- 9.4.1 Antrag: Verkehrsführung zum Neubau der IGS
- 9.4.2 Antrag: Kündigung der Mitgliedschaft beim "Hessischen Städtetag"
- 9.4.3 Antrag: Dieffenbach-Jahr 2022
- 9.4.4 Anfrage: Finanzielle Belastung durch Rechtsstreit
- 10. Resolution zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke

Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Es sind 24 Stadtverordnete anwesend.

Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) weist die Presse daraufhin, dass Tonaufzeichnungen gemäß der neuen Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse während der Sitzung nicht gestattet sind.

Bevor Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) in die heutige Tagesordnung einsteigt, informiert er über den Tod von Carl-Eckhart Schwartz. Carl-Eckhart Schwartz war von 1985 bis 1989 Ortsvorsteher im Stadtteil Frauombach. In der Zeit von 1993 bis 2001 war er Stadtverordnetenvorsteher.

Die Stadtverordnetenversammlung gedenkt in einer Schweigeminute dem Verstorbenen.

Stadtverordneter Döring (SPD) beantragt die Aufnahme einer Resolution zum Thema „Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke“ als weiteren Tagesordnungspunkt. Dieser soll als Tagesordnungspunkt 10 auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden. Die Abstimmung hierüber ist einstimmig.

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.05.2019

Stadtverordneter Braun (FDP) nimmt Stellung zu der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 27.05.2019. Er erklärt, dass es seitens der FDP-Fraktion grundsätzlich keine Einwände gegen Form und Inhalt der Niederschrift gibt.

Ungeachtet dessen teilt er mit, dass der Ortsbeirat Schlitz das Ergebnis der Besprechung mit dem Vogelsbergkreis anders aufgefasst habe, als wie in der Beantwortung der Anfrage zu Tagesordnungspunkt 10.4.5 (Anlage 10) dargestellt.

Aus diesem Grunde hätte sich der Ortsbeirat Schlitz an den Vogelsbergkreis gewandt, mit der Bitte diesem das Ergebnis der Besprechung aus deren Sicht mitzuteilen.

Sobald die Antwort des Vogelsbergkreises vorliegt, soll diese der Niederschrift vom 27.05.2019 beigelegt werden.

Beschluss:

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift vom 27.05.2019 werden keine Einwände erhoben.

Es gilt somit als genehmigt.

Abstimmung: 23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

2. Bericht aus der Arbeit des Magistrats

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) fragt bei Bürgermeister Altstadt (CDU) nach, ob ihm bekannt ist, dass für die Buslinie Fulda – Schlitz –Huttdorf aufgrund von Baumaßnahmen des Holzwerkes Pfeifer keine Anfahrt in Huttdorf möglich sei.

Bürgermeister Altstadt (CDU) liegen hierzu keine Informationen vor.

Stadtverordneter Döring (SPD) teilt hierzu mit, dass es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt, da während der Baumaßnahme am Holzwerk Pfeifer keine Wendemöglichkeit für Busse besteht. Die Maßnahme soll laut Aussage der Busunternehmen bis Ende des Monats abgeschlossen sein.

Stadtverordneter Döring (SPD) nimmt Bezug auf einen Bericht von der Hessenschau zum Thema „Mehr Geld für Musikschulen“. Darin heißt es, dass die Landesregierung plant, die Mittel für Musikschulen weiter aufzustocken. 2017 unterstützte das Land die Schulen mit insgesamt rund 2,6 Millionen Euro. Dieser Betrag soll nun vervierfacht werden. Er möchte daher von Bürgermeister Altstadt (CDU) wissen, ob dem Magistrat Erkenntnisse darüber vorliegen und ob Anträge für Zuschüsse gestellt werden sollen.

Bürgermeister Altstadt (CDU) teilt mit, dass es hierzu keine Erkenntnisse gibt, aber sofern möglich die entsprechenden Anträge gestellt werden.

2.1. Gerichtsentscheidung Straßenbeitragssatzung

Bürgermeister Altstadt (CDU) berichtet über die mündliche Verhandlung am 29.05.2019 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Das Gericht hat die vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich zugelassene Revision im Ergebnis zurückgewiesen und somit das kommunale Selbstverwaltungsrecht geschwächt, so Bürgermeister Altstadt (CDU). Die maßgeblichen Gründe für die Zurückweisung der Revision wird man erst nach dem Vorliegen des vollständigen Urteils erfahren. Bürgermeister Altstadt (CDU) erklärt, dass das vollständige Urteil mit den Entscheidungsgründen abgewartet werden muss, um dann entscheiden zu können, wie mit der Veranlagung der beiden Straßenbaumaßnahmen weiter zu verfahren ist.

3. Bericht Haushaltsvollzug gem. § 28 GemHVO

Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) teilt mit, dass der Bericht zum Haushaltsvollzug gem. § 28 GemHVO (Stand: 13.06.2019) vorab allen Fraktionen per E-Mail am 18.06.2019 zugegangen ist. Der Bericht wird der Niederschrift als Anlage I beigefügt.

Es bestehen hierzu keine Nachfragen der Stadtverordnetenversammlung.

4. Haushaltsplan 2019**Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 200.000 Euro**

Die der Niederschrift als Anlage II beigefügte Aufstellung bezüglich der im Haushaltsplan 2019 umgesetzten Einsparungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen wird zur Kenntnis genommen.

Stadtverordneter Gottwald (CDU) bezieht ausführliche Stellung. In seiner Stellungnahme nennt er die Auswirkungen der Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und geht hierbei insbesondere auf den Bereich Bauunterhaltung ein.

**5. Errichtung einer Kanuanlegestelle in Sandlofs
hier: Aufhebung des Sperrvermerks**

Stadtverordneter Siemon (CDU) berichtet als Vorsitzender über die Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss und gibt die Beschlussempfehlung bekannt.

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) erklärt, dass die BLS-Fraktion aufgrund des Angebotes [REDACTED] aus der Submission am 11.06.2019 nunmehr bereit ist, der Aufhebung des Sperrvermerkes zuzustimmen.

Stadtverordneter Döring (SPD) teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Aufhebung des Sperrvermerkes ebenfalls zustimmen wird. Er unterstreicht in seinen Ausführungen die Wichtigkeit von Kanuanlegestellen in Schlitz hinsichtlich des Kanutourismus, verweist aber auch auf die Problematik der Kanuanlegestellen Fuldamühle Fraurombach und Fuldamühle Rimbach. Dort ist es für Kanuten nicht offensichtlich, auf welcher Seite des Flusses der Ausstieg zu erfolgen hat, so Stadtverordneter Döring (SPD). Daher sollten entsprechende Hinweisschilder an diesen Stellen angebracht werden.

Bürgermeister Altstadt (CDU) ist die Problematik der Kanuanlegestelle Fuldamühle Fraurombach bekannt. Zahlreiche Versuche den Eigentümer aufgrund dessen zu erreichen, sind fehlgeschlagen. Eine Lösung des Problems ist daher aktuell nicht möglich. Das Problem in Rimbach ist nicht bekannt, so Bürgermeister Altstadt (CDU). Es soll hier zunächst eine Ortsbegehung erfolgen.

Beschluss:

Der Sperrvermerk im Haushalt 2019 Ziffer 7. zu Produkt 57501 (Anlegestellen für Kanuwanderer) wird aufgehoben.

Abstimmung:

Einstimmig

6. Aktive Kernbereiche in Hessen
hier: Aufbau der Lokalen Partnerschaft

Stadtverordneter Siemon (CDU) berichtet als Vorsitzender über die Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss und gibt die Beschlussempfehlung bekannt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zusammensetzung der Lokalen Partnerschaft um die Wohnquartiere Hainbuche, Günthergasse und Marktplatz zu erweitern.

Beschluss:

Im Rahmen des Förderprogrammes „Aktive Kernbereiche in Hessen“ wird als Steuerungsstruktur eine Lokale Partnerschaft aufgebaut, die sich aus jeweils einem Vertreter/einer Vertreterin aus den nachfolgend genannten Bereichen zusammensetzt:

- Evangelische Kirche
- Kommission Museum
- Graf von Schlitz genannt von Görtz
- Hotel Schachtenburg
- Hotel Vorderburg
- Gastronomie
- Wirtschaft
- Gewerbe
- Schlitzer Kornbrennerei
- Seniorenbeirat
- Jugendvertretung
- Wirtschaftsförderer
- Bürgermeister der Stadt Schlitz
- Ortsvorsteher der Kernstadt Schlitz
- Verwaltung (Bauamt)
- Wohnquartier Hainbuche
- Wohnquartier Günthergasse
- Wohnquartier Marktplatz

Abstimmung: Einstimmig

7. Bauleitplanung der Stadt Schlitz:
40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schlitz in der Gemarkung Schlitz im Bereich Am mittelsten/Am untersten Weg
hier: a) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen
Stellungnahmen
der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der
Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB sowie Beratung und Beschlussfassung über
die im Rahmen der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellung-
nahmen der Öffentlichkeit
b) Feststellungsbeschluss gem. § 6 BauGB

Stadtverordnete Röhm-Kleine (SPD) berichtet als Vorsitzende über die Beratungen im Bau- und Siedlungsausschuss und gibt die Beschlussempfehlung bekannt.

Beschluss:

(1) Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden nach ausführlicher Erläuterung, Diskussion und eingehender Prüfung als Stellungnahmen der Stadt Schlitz beschlossen.

(2) Gemäß § 6 BauGB wird die Feststellung der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schlitz in der Gemarkung Schlitz im Bereich Am mittelsten/Am untersten Weg beschlossen.

(3) Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt.

(4) Die 40. Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Gießen zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig

8. Bauleitplanung der Stadt Schlitz:

Änderungsplan Nr. 1 zum Bebauungsplan "Am mittelsten/Am untersten Weg", Kernstadt Schlitz

hier: a) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen

der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB sowie Beratung und Beschlussfassung über die im Rahmen der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit

b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und § 9 (4) BauGB i. V. m. § 5 HGO und § 91 HBO (integrierte Gestaltungssatzung) und § 37 (4) HWG (wasserrechtliche Festsetzungen)

Stadtverordnete Röhm-Kleine (SPD) berichtet als Vorsitzende über die Beratungen im Bau- und Siedlungsausschuss und gibt die Beschlussempfehlung bekannt.

Beschluss:

(1) Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden nach ausführlicher Erläuterung, Diskussion und eingehender Prüfung als Stellungnahmen der Stadt Schlitz beschlossen.

(2) Der Entwurf des Änderungsplanes Nr. 1 zum Bebauungsplan „Am mittelsten/Am untersten Weg“, Kernstadt Schlitz (bestehend aus Plankarte und textlichen Festsetzungen) wird gem. § 10 BauGB und die integrierte Gestaltungssatzung nach § 9 (4) BauGB i. V. m. § 5 HGO, § 91 HBO und § 37 (4) HWG (wasserrechtliche Festsetzungen) als Satzung beschlossen.

(3) Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt.

(4) Die Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses erfolgt, wenn die Flächennutzungsplanänderung für diesen Bereich genehmigt wurde.

Abstimmung: Einstimmig

9. Anträge und Anfragen der Fraktionen

9.1. Fraktion CDU vom 05.06.2019

9.1.1 Antrag: Landesausgleichstock

Stadtverordneter Alles (CDU) begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Er erläutert, dass aufgrund der bisherigen Nichtberücksichtigung in den Programmen zur Sanierung des Freibades die Gefahr besteht, dass das Freibad nur aus Haushaltsmitteln ohne Fördergelder saniert werden muss, um eine drohende Schließung abzuwenden. Hierbei ist zu klären, ob das sanierungsbedürftige Freibad eine Härtefallregelung im Rahmen des § 58 FAG darstellt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt beim hessischen Ministerium des Innern und für Sport anzufragen, ob die Stadt Schlitz für die Sanierung des Freibades Gelder aus dem Landes-ausgleichstock beantragen kann.

Abstimmung: Einstimmig

9.1.2 Antrag: Vorstellung der Arbeit des Ordnungsamtes

Stadtverordneter Kokel (CDU) begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Er geht zunächst auf immer häufiger auftretende Nachbarschaftsstreitigkeiten ein. Außerdem ärgern sich viele Menschen über ungepflegte Grundstücke und Unkraut auf den Gehwegen. Daher möchte man wissen, welche Aufgabe hierbei das Ordnungsamt hat bzw. wie das Ordnungsamt hier helfen kann. Um die zahlreichen Fragen zu klären, soll über die Aufgaben und Möglichkeiten des Ordnungsamtes im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss informiert werden.

Stadtverordneter Döring (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion eine Vorstellung der Aufgaben des Ordnungsamtes im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss als nicht passend einstuft. Der Antrag findet daher keine Zustimmung. Er schlägt vor, dass der Magistrat, sofern dieser hierzu die Notwendigkeit sieht, zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung einladen sollte.

Stadtverordneter Dr. Koch (BLS) sieht die Verantwortung für ein Grundstück allein beim Eigentümer. Er erläutert anschließend die Sichtweise der BLS-Fraktion bzgl. der Pflege von Grundstücken hinsichtlich des Artenschutzes. Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) teilt daraufhin mit, dass die BLS-Fraktion diesen Antrag unterstützen wird.

Stadtverordneter Braun (FDP) spricht sich ebenfalls für die Zustimmung des Antrages aus.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Arbeit des Ordnungsamtes im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorzustellen.

Abstimmung: 16 Ja-Stimme(n), 5 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

9.1.3 Anfrage: Verspätete Eröffnung des Freibades

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage III.

9.1.4 Anfrage: Engpässe bei der Versorgung der Feuerwehrleute mit persönlicher Schutzausrüstung

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage IV.

9.2. Fraktion BLS vom 08.06.2019**9.2.1 Antrag: Einbringung von Einzelhaushalten**

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) begründet den Antrag der BLS-Fraktion. Er vertritt die Auffassung, dass durch die Umsetzung des Doppelhaushaltes dem Parlament die Haushaltssouveränität abhanden kommt, was seitens der BLS-Fraktion nicht toleriert wird.

Bürgermeister Altstadt (CDU) weist daraufhin, dass die Einbringung des Haushaltes dem Magistrat obliegt und dieser somit nicht dazu beauftragt werden kann. Der Antrag der BLS-Fraktion soll dennoch als Auftrag an den Magistrat gerichtet werden, so Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS).

Stadtverordneter Döring (SPD) teilt mit, dass dieser Antrag die Zustimmung der SPD-Fraktion erhält und unterstützt die Aussagen von Herrn Dr. Marxsen (BLS).

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in der laufenden Wahlperiode, d.h. für die noch verbleibenden Jahre 2020 und 2021, jeweils Einzelhaushalte (städtischer Haushaltsplan und Wirtschaftsplan) einzubringen.

Abstimmung: 13 Ja-Stimme(n), 10 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) nimmt ab 19:55 Uhr an der Sitzung teil.
Es sind jetzt 25 Stadtverordnete anwesend.

9.2.2 Antrag: Schutzhütten am Tempelberg

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) begründet den Antrag der BLS-Fraktion. Er führt aus, dass bei einer kürzlich stattfindenden Wanderung im Tempelberg-Gebiet festgestellt wurde, dass einige Schutz- bzw. Grillhütten mehr oder weniger intensiver Instandsetzungsmaßnahmen bedürfen. Bevor grundlegende Schäden eintreten, sollten die Mängel rechtzeitig behoben werden, so Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS).

Stadtverordneter J. Dickert (CDU) erklärt, dass der Eigentümer der Schutz- und Grillhütten im Bereich des Tempelberges HessenForst ist und somit keine Instandsetzungsmaßnahmen seitens der Stadt Schlitz möglich sind. Die Schutz- und Grillhütte im Bereich der Kahl ist jedoch Eigentum der Stadt Schlitz. Daher stellt Stadtverordneter J. Dickert (CDU) den Änderungsantrag, dass der Antrag der BLS-Fraktion wie folgt geändert wird: „Schutzhütten im Bereich des Tempelberges“ wird ersetzt durch „Schutzhütte im Bereich der Kahl“.

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Kosten der Instandsetzung der Schutzhütte im Bereich der Kahl zu ermitteln und das Ergebnis im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorzustellen, um diese Kosten ggf. im Haushalt 2020 berücksichtigen zu können bzw. auch, um (falls möglich) Anträge zur Einwerbung externer Mittel stellen zu können. Dringende Maßnahmen sind selbstverständlich umgehend zu erledigen.

Abstimmung: Einstimmig

9.2.3 Antrag: Entsorgung von Problemabfällen

Stadtverordneter Weber (BLS) begründet den Antrag der BLS-Fraktion. Er führt aus, dass die derzeitigen Sammelzeiten von Sondermüll und die Möglichkeit zur Ablieferung von Elektroschrott berufstätige Mitbürgerinnen und Mitbürger von diesem Service, den sie mitbezahlen, ausschließen. Es sollte eine Lösung gefunden werden, um außerhalb der gewöhnlichen Arbeitszeiten, d.h. abends oder an Samstagen, auch ihnen die Entsorgung ihrer Problemabfälle zu ermöglichen. Die sonst wohl zu befürchtende Vorgehensweise der Entsorgung über den Restabfall würde dadurch hoffentlich eingeschränkt, so Stadtverordneter Weber (BLS).

Stadtverordneter Döring (SPD) schildert die Sichtweise der SPD-Fraktion. Er geht hierbei ausführlich auf die bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Entsorgung von Problemabfällen ein. Zudem bestehen Bedenken, dass durch weitere Öffnungszeiten Mehrkosten für die Stadt Schlitz entstehen könnten. Daher findet dieser Antrag keine Zustimmung der SPD-Fraktion.

Bürgermeister Altstadt (CDU) erläutert die Möglichkeiten zur Entsorgung von Problemabfällen am städtischen Bauhof.

Stadtverordneter Siemon (CDU) unterstützt die Ausführungen der SPD-Fraktion und lehnt den Antrag der BLS-Fraktion ebenfalls ab.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem ZAV in Kontakt zu treten, um eine Lösung zu finden, die auch berufstätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Ablieferung insbesondere von Sondermüll und Elektromüll außerhalb der typischen Arbeitszeiten ermöglicht.

Abstimmung: 8 Ja-Stimme(n), 17 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

9.2.4 Antrag: Lichtverschmutzung in Schlitz

Stadtverordneter Dr. Koch (BLS) begründet den Antrag der BLS-Fraktion. Er führt aus, dass Lichtemissionen kaum als Umweltproblem wahrgenommen werden. Aber Lichtsmog hat schwerwiegende Effekte auf Menschen und Tiere. Die meisten Tiere sind nachtaktiv und sind darauf angepasst, sich im Dunkeln zu orientieren. Sie alle haben Probleme mit nächtlichem Licht, so Stadtverordneter Dr. Koch (BLS). Frau Sabine Frank als Initiatorin und Koordinatorin des Sterneparks in der Rhön hat schon viele Kommunen der Region beraten, wie sie die von ihnen ausgehende Lichtverschmutzung mindern können und sollte auch von der Stadt Schlitz zu Rate gezogen werden, damit auch in Schlitz unnötige und schädliche Lichtemissionen reduziert oder auch ganz verhindert werden können.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lichtverschmutzung in Schlitz zu reduzieren. Dazu gehört insbesondere die Information der Bevölkerung über diese Problematik mit Empfehlungen, wie mit einfachen Maßnahmen Lichtverschmutzung verhindert oder zumindest vermindert werden kann. Als erster Schritt sollte Frau Sabine Frank, Koordinatorin des Sternenparks Rhön, zu einem Vortrag eingeladen werden, um zu hören, welche Aktivitäten zu dieser Thematik in Fulda und anderen benachbarten Kommunen ergriffen wurden, und um Empfehlungen für das Vorgehen in Schlitz zu erhalten.

Abstimmung: Einstimmig

Stadtverordnete Beckert (CDU) verlässt um 20:15 Uhr die Sitzung.
Es sind jetzt 24 Stadtverordnete anwesend.

Stadtverordnete Becker (CDU) nimmt ab 20:17 Uhr wieder an der Sitzung teil.
Es sind jetzt 25 Stadtverordnete anwesend.

9.2.5 Anfrage: Schwimmkurse für Flüchtlinge

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage V.

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) berichtet über die Möglichkeit zur Einstellung von Lehrkräften aus den Fördermitteln des Landesprogrammes Sport und Flüchtlinge. Daher möchte er wissen, ob sich der Magistrat damit bereits beschäftigt hat. Bürgermeister Altstadt (CDU) erklärt, dass man tätig war, aber kein positives Ergebnis erzielen konnte.

Stadtverordneter Kokel (CDU) fragt nach, ob die Fördermittel in Höhe von 9.000 Euro aufgebraucht wurden und ob Vereinen bei Bedarf hieraus Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Bürgermeister Altstadt (CDU) teilt mit, dass die Fördermittel nicht vollständig aufgebraucht wurden. Somit können den Vereinen noch vorhandene Mittel zur Verfügung gestellt werden.

9.2.6 Anfrage: Sicherung gefährdeter Gebäude der ehemaligen Brauerei

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage VI.

9.3. Fraktion FDP vom 09.06.2019**9.3.1 Antrag: Prüfung statische Blitzanlage Im Grund Ortseinfahrt / -ausfahrt Willofs**

Stadtverordneter Braun (FDP) begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Er führt aus, dass das Hauptproblem für die entstehenden Erschütterungen nach allgemeiner Einschätzung zwar der schlechte Zustand der Straßen ist, aber die FDP-Fraktion die Auffassung vertritt, dass auch eine Drosselung der Geschwindigkeit bei der Ortsein- und -ausfahrt zum Schutz der Anwohner/innen und ihrer Immobilien vor Lärm und Erschütterungen beitragen kann. Die Erweiterung der auf Teilen der Straße bereits bestehenden Tempo-30-Zone auf den genannten Bereich wird der Stadt Schlitz immer wieder verweigert. Daher soll geprüft werden, ob die Errichtung einer Blitzanlage dort aus Sicht der Polizei Hessen Sinn macht, bevor ggf. weitere Schritte in diese Richtung eingeleitet werden, so Stadtverordneter Braun (FDP).

Stadtverordneter Gottwald (CDU) unterstützt die Antragsbegründung der FDP-Fraktion. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung an vielen weiteren Bereichen im Schlitzerland, beantragt er jedoch die Erweiterung des Antrages. Hierbei sollen auch andere Ortsdurchfahrten mit hoher Verkehrsbelastung zur Aufstellung fest installierter Blitzanlagen zur Geschwindigkeitskontrolle geprüft werden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, durch die zuständigen Stellen der Polizei Hessen prüfen zu lassen, ob und an welcher Stelle Im Grund Ortseinfahrt/-ausfahrt Willofs sowie anderer Ortsdurchfahrten mit hoher Verkehrsbelastung die Errichtung einer fest installierten Blitzanlage zur Geschwindigkeitskontrolle möglich ist.

Abstimmung:

Einstimmig

9.3.2 Antrag: Verkehrsführung Schlesische Straße / Seebergstraße / Pestalozzistraße

Stadtverordneter Braun (FDP) begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Er führt aus, dass besonders vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluss hohe Verkehrsaufkommen im Bereich der beiden Schlitzer Schulen zu verzeichnen sind. Da bei der Vorstellung der Pläne zum Schulneubau im Bau- und Siedlungsausschuss sowie der öffentlichen Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger festgestellt wurde, dass im Rahmen des Gesamtschulneubaus weitere Defizite in der Verkehrsführung hinzukommen werden, hält es die FDP-Fraktion für ratsam, den entsprechenden Bedarf an der Schlesischen Straße/Seebergstraße/Pestalozzistraße nebst angrenzenden Bereichen zu erfassen, um ein Verkehrsleitkonzept sowie ein eventuelles Parkkonzept zu entwickeln und umzusetzen, so Stadtverordneter Braun (FDP).

Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD) teilt mit, dass die SPD-Fraktion einen Antrag mit gleicher Zielsetzung unter Tagesordnungspunkt 9.4.1 gestellt hat und schlägt daher vor, die Anträge der FDP- und SPD-Fraktion gemeinsam zu behandeln. Hierzu gibt es keine Einwände. Er begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Stadtverordneter Dr. Hillebrand teilt mit, dass der Neubau der Gesamtschule der Öffentlichkeit vorgestellt und die Frage der Verkehrsführung oft gestellt wurde. Daher soll eine Informationsveranstaltung, in der die Konzeption der Verkehrsführung erläutert wird, durchgeführt werden.

Stadtverordneter Alles (CDU) erläutert, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bei verkehrsrechtlichen Dingen nicht beauftragen kann, da die Zuständigkeit in solchen Fällen beim Bürgermeister liegt. Eine Entscheidung obliegt ihm somit alleine, so Stadtverordneter Alles (CDU). Der Antrag der FDP-Fraktion muss dahingehend geändert werden, dass der Bürgermeister darum gebeten wird, in diesem Fall tätig zu werden. Stadtverordneter Alles (CDU) beantragt außerdem die Worte „frühzeitig“ beim Antrag der FDP-Fraktion und „noch in diesem Jahr“ beim Antrag der SPD-Fraktion zu streichen und in „zu gegebener Zeit“ zu ändern. Dies begründet er damit, dass zum aktuellen Zeitpunkt keine ausreichenden Kenntnisse vorhanden sind, um solch ein Konzept bereits erstellen zu können, da das neue Schulgebäude noch nicht errichtet ist. Es kann somit nur die jetzige Verkehrsführung bewertet werden.

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) merkt an, dass die Baupläne zum Neubau der Gesamtschule beim Vogelsbergkreis vorliegen und somit die Möglichkeit zur Erstellung eines solchen Konzeptes durch z.B. Computersimulation möglich ist. Sie macht zudem deutlich, dass die Baumaßnahme bald beginnt und daher frühzeitig gehandelt werden muss. Die FDP-Fraktion stimmt somit einer Streichung des Wortlautes „frühzeitig“ nicht zu, so Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP).

Bürgermeister Altstadt (CDU) berichtet von der Informationsveranstaltung des Vogelsbergkreises zum Bau der neuen Gesamtschule, bei der die Baupläne und auch ein Konzept zur Verkehrsführung vorgestellt wurden. Er weist daraufhin, dass zum jetzigen Zeitpunkt dennoch viele Fragen ungeklärt sind.

Stadtverordneter Braun (FDP) geht davon aus, dass das Verkehrsaufkommen in zwei Jahren an der neuen Gesamtschule ähnlich sein wird, wie es im Moment an der Gesamtschule herrscht und sich durch den Neubau nicht entscheidend verändern wird. Eine Erhebung des aktuellen Verkehrsaufkommens ist möglich und könnte somit für eine neue Verkehrsführung angewendet werden. Stadtverordneter Braun (FDP) vertritt daher die Auffassung, dass die Erstellung eines Konzeptes bereits möglich ist und spricht sich ebenfalls gegen die Streichung des Wortlautes „frühzeitig“ aus.

Stadtverordneter Dr. Marxsen (FDP) unterstützt die Aussagen der FDP-Fraktion. Durch das Wort „frühzeitig“ ist ein rechtzeitiges Handeln seitens des Magistrates garantiert.

Stadtverordnete Hillebrand (SPD) berichtet über die Informationsveranstaltung des Vogelsbergkreises zum Neubau der Gesamtschule, an der sie persönlich teilgenommen hat.

Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD) erläutert die aus seiner Sicht möglichen Parkflächen an der neuen Gesamtschule. Er macht deutlich, dass mit der Erstellung eines Konzeptes zur Verkehrsführung für den Tag des Schulbeginns vorgesorgt werden muss. Daher unterstützt die SPD-Fraktion den Wortlaut „frühzeitig“ im Antrag der FDP-Fraktion und lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab.

Nach reger Diskussion zieht Stadtverordneter Alles (CDU) seinen Änderungsantrag zurück, bei dem die Worte „frühzeitig“ beim Antrag der FDP-Fraktion und „noch in diesem Jahr“ beim Antrag der SPD-Fraktion gestrichen und in „zu gegebener Zeit“ geändert werden sollte.

Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD) beantragt, dass der Antrag der SPD-Fraktion hier ebenfalls zur Abstimmung kommt, da er vom wesentlichen Inhalt mit dem Antrag der FDP-Fraktion konform ist. Hierzu werden keine Einwände erhoben.

Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) fasst abschließend zusammen, dass damit sowohl über den FDP-Antrag als auch über den SPD-Antrag gemeinsam abgestimmt wird und in beiden Anträgen der Zeitpunkt „frühzeitig“ lauten soll. Hierzu gibt es keine Einwände.

Beschluss:

Antrag FDP-Fraktion:

Der Bürgermeister wird darum gebeten, frühzeitig ein Konzept für die Verkehrsführung im Bereich der Schlesischen Straße/Seebergstraße/Pestalozzistraße zu entwickeln, die Anwohner/innen und Behörden in die Erstellung einzubinden und die nötigen Maßnahmen rechtzeitig zur Fertigstellung des Neubaus der Gesamtschule umzusetzen.

Antrag SPD-Fraktion:

Der Bürgermeister wird darum gebeten, frühzeitig eine öffentliche Informationsveranstaltung zu organisieren, um die Konzeption der Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem Neubau der IGS vorzustellen, soweit sie in den Verantwortungsbereich der Stadt fällt.

Abstimmung:

21 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

9.3.3 Antrag: Hundekot in der Schlitzer Innenstadt beseitigen

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) begründet folgenden Antrag der FDP-Fraktion: Der Magistrat wird beauftragt, an den einschlägigen Stellen der Innenstadt und stark frequentierten "Gassi"-Bereichen Schilder aufzustellen, die auf die Rechtslage bei Nicht-Beseitigung von Hundekot und das entsprechende Bußgeld aufmerksam machen. Die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften und Gesetze ist künftig stärker zu überwachen. Sie geht in ihrer Begründung darauf ein, dass Hundekot bei Nichtbeseitigung gefährlich ist und sich dadurch die Ansteckungsgefahr erhöht. Zudem stellt es ein optisches Problem dar, worunter die Attraktivität der Stadt leidet. Sie führt weiterhin aus, dass selbst in unmittelbarer Nähe zu den städtischen Hundemülleimern Hundekot hinterlassen wird. Daher fordert die FDP-Fraktion die Anbringung von entsprechenden Schildern, so Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP). Die Hundebesitzer/innen sollen, soweit bekannt durch das Ordnungsamt, angesprochen oder angeschrieben werden, um entsprechende Bußgelder zu verhängen.

Stadtverordneter Siemon (CDU) beantragt die Überweisung zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Stadtverordneter Döring (SPD) hält das Aufstellen solcher Schilder für nicht praktikabel, da es keine ausreichende und abschreckende Wirkung für Hundebesitzer/innen darstellt. Daher lehnt die SPD-Fraktion den Antrag in dieser Form ab. Zwar sieht man dieses Thema auch als großes Problem an, aber hier müssten andere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden.

Stadtverordneter Dr. Marxsen (BLS) berichtet von Lösungsansätzen anderer Kommunen und schlägt vor, dass sich der Magistrat über diese informieren sollte.

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) unterstützt nochmals den Antrag der FDP-Fraktion und fordert, sofern das Aufstellen solcher Schilder abgelehnt wird, dass mehr Ressourcen im Ordnungsamt geschaffen werden, um solche Probleme zu lösen.

Bürgermeister Altstadt (CDU) teilt mit, dass das Aufstellen solcher Schilder zwar möglich ist, aber ein Handeln der Stadt Schlitz nur bei Vorlage einer Anzeige gegen den Hundebesitzer/innen möglich ist.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Abstimmung: 18 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

9.3.4 Anfrage: Glyphosat auf stadteigenen Flächen

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage VII.

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) fragt nach, wie viele Vertragsergänzungen nicht zurückgekommen sind. Die Antwort auf ihre Nachfrage kann aus der Anlage VII entnommen werden.

9.3.5 Anfrage: Vorstellung der Arbeit des Tierheims Lauterbach

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage VIII.

9.4. Fraktion SPD vom 10.06.2019**9.4.1 Antrag: Verkehrsführung zum Neubau der IGS**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 9.3.2 behandelt.

9.4.2 Antrag: Kündigung der Mitgliedschaft beim "Hessischen Städtetag"

Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD) begründet folgenden Antrag der SPD-Fraktion: Der Magistrat wird beauftragt, die Mitgliedschaft beim „Hessischen Städtetag“ zum Jahresende zu kündigen. Er geht in seiner Begründung darauf ein, dass die Stadt Schlitz in beiden Verbänden (Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) Mitglied ist und man eine Mitgliedschaft beim Hessischen Städtetag für entbehrlich hält, so Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD).

Dr. Marxsen (BLS) stellt den Änderungsantrag, den Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen, um dort zunächst ausführliche Informationen über Aufgaben, Kosten, Vorteile etc. über beide Verbände zu erhalten.

Die CDU-Fraktion teilt die Auffassung von Herrn Dr. Marxsen (BLS). Der Änderungsantrag der BLS-Fraktion soll jedoch dahingehend ergänzt werden, dass eine endgültige Beschlussfassung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss erfolgen soll, so Stadtverordneter Alles (CDU).

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Abstimmung: Einstimmig

9.4.3 Antrag: Dieffenbach-Jahr 2022

Stadtverordneter Döring (SPD) begründet folgenden Antrag der SPD-Fraktion: Der Magistrat wird beauftragt anlässlich des 200. Geburtstags von Georg Christian Dieffenbach das Jahr 2022 zum „Dieffenbach-Jahr“ zu erklären. Veranstaltungen (z.B. Schulprojekte, Ausstellungen, Gottesdienste, Lesungen und Konzerte) zum Thema Dieffenbach sollen dazu im Jahr 2022 stattfinden. Er geht in seinen Erläuterungen zunächst auf den Bekanntheitsgrad von Georg Christian Dieffenbach ein, dem sein Schaffen sowohl in weltlicher und geistlicher als auch in politischer Hinsicht Bedeutung weit über die Stadtgrenzen von Schlitz hinaus hatte. Seine theologische Arbeit wurde u.a. mit der Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald belohnt. Politisch war Dieffenbach Mitglied der ersten Kammer des Großherzogtums Hessen-Darmstadt. Zur Finanzierung des Dieffenbach-Jahres sollen nach Möglichkeit Sponsoren gefunden werden, so Stadtverordneter Döring (SPD).

Stadtverordneter Kokel (CDU) stellt den Änderungsantrag, den Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss zu überweisen, um dort die weitere Vorgehensweise ausführlich zu beraten.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss überwiesen.

Abstimmung: Einstimmig

9.4.4 Anfrage: Finanzielle Belastung durch Rechtsstreit

Bürgermeister Altstadt (CDU) beantwortet die Anfrage lt. Anlage IX.

Stadtverordnete Dr. Landgraf (FDP) möchte wissen, welche Summe die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schlitz zurückzahlen müssen. Hierzu führt Bürgermeister Altstadt (CDU) aus, dass sich die durch die Anlieger zu zahlenden Beiträge auf insgesamt ca. 240.000 Euro belaufen.

Stadtverordneter Dr. Hillebrand (SPD) fragt nach, ob die finanzielle Belastung in Höhe von 40.625,53 Euro nach Anwalts- und Gerichtskosten aufgeschlüsselt werden kann. Bürgermeister Altstadt (CDU) teilt mit, dass die Aufschlüsselung in der schriftlichen Anfragenbeantwortung enthalten ist.

10. Resolution zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke

Stadtverordneter Döring (SPD) begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Er führt aus, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schlitz mit dieser Resolution ein Zeichen in der Öffentlichkeit setzen sollte. Es soll zudem verdeutlicht werden, dass man sich von solchen Kampagnen und gegen Rechtsextremismus klar distanziert, so Stadtverordneter Döring (SPD).

Beschluss:

Die Stadtverordneten der Stadt Schlitz verurteilen den feigen Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke zutiefst. Des Weiteren verurteilt die Versammlung die menschenverachtenden Hasskommentare in den sozialen Medien, denen Dr. Lübcke sowohl vor als auch nach seinem Tod ausgesetzt ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserem Land Menschen mit Haltung und Zivilcourage durch einen rechten Mob verunglimpft werden und bedroht sind.

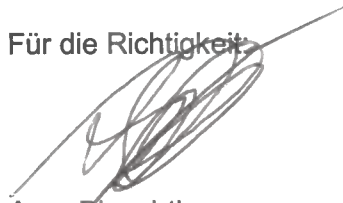
Wir sprechen uns dafür aus, Hasskommentare und rechtsextreme Äußerungen zu achten und konsequent strafrechtlich zu verfolgen. Wir bitten die Verantwortlichen in Land und Bund alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem zunehmenden rechten Terror entschieden und nachhaltig entgegenzuwirken.

Abstimmung:

Einstimmig

Stadtverordnetenvorsteher Ritz (CDU) bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Für die Richtigkeit:


Arne Bierwirth
Schriftführer


Walter Ritz
Stadtverordnetenvorsteher

Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 200.000 Euro im Haushaltsplan 2019

Auflistung der geplanten Einsparungen gegenüber den ursprünglich geplanten Maßnahmen/Ansätzen - Umsetzung im Haushaltsplan erfolgt

Pos.	Produkt	Haushaltsstelle	Art/Grund	Betrag	Bemerkungen
1.	Innere Verwaltungsangelegenheiten	1110260100000	Büromaterial	- 3.000,00 €	Einsparung bei der Beschaffung von Büromaterial etc.
2.	Gemeindeorgane	1110461310000	Aufwandsentschädigungen	- 6.000,00 €	Die Aufwandsentschädigungen für ehrenamt. Tätige werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
3.	Liegenschaften	1111361610000	Malerarbeiten Treppenhäus TVK	- 10.000,00 €	Die Malerarbeiten im TVK-Heim werden zurückgestellt.
4.	Liegenschaften	1111361610000	Sanierung Außentreppe An der Kirche 5	- 10.000,00 €	Die Sanierung der Außentreppe "An der Kirche 5" wird zurückgestellt.
5.	Landesmusikakademie und Odonomiegebäude	1111460610000	Materialaufwand Gebäude + Außenanl.	- 2.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
6.	Landesmusikakademie und Odonomiegebäude	1111461610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 3.000,00 €	Einsparung bei der Beschaffung von Büromaterial etc.
7.	Melde- und Passwesen, Bürgerservice	1220460100000	Büromaterial	- 6.350,00 €	Die Malerarbeiten bei der FW Schlitz werden zurückgestellt.
8.	Brandschutz	1260161610000	Malerarbeiten FW Schlitz	- 1.000,00 €	Das Budget in diesem Bereich wird auf ein Mindestmaß gekürzt.
9.	Jugendarbeit und Jugendhaus	3620160110050	Budget Streetwork	- 500,00 €	
10.	Jugendarbeit und Jugendhaus	3620160110050	Veranstaltungen	- 1.000,00 €	
11.	Jugendarbeit und Jugendhaus	3620160630000	Materialaufwand	- 1.000,00 €	
12.	Kindertagesstätte / Hort	3650160630000	Materialaufwand Erzieherstühle	- 2.000,00 €	Die Anschaffung der Erzieherstühle wird zurückgestellt.
13.	Kindertagesstätte / Hort	3650161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 2.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
14.	Kindertagesstätte / Hort	3650161630000	Instandhaltung Einrichtung	- 1.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
15.	Dienfackelkindergarten	3650261610000	Instandhaltung Einrichtung	- 1.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
16.	Dienfackelkindergarten	3650261630000	Instandhaltung Einrichtung	- 1.000,00 €	Die Anschaffung der Erzieherstühle wird zurückgestellt.
17.	Regenbogenkindergarten Quack	3650360630000	Materialaufwand Erzieherstühle	- 1.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
18.	Regenbogenkindergarten Quack	3650361610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 2.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
19.	Kinderspielfläche	3650161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 4.000,00 €	Die Kosten für Bauunterhaltung werden weiter reduziert.
20.	Sportförderung	4210161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 5.000,00 €	Der Ansatz für die Fortführung und Erweiterung von Flächennutzungsplan und Bebauungsplänen wird weiter gekürzt.
21.	Räumliche Planung- und Entwicklungsmaßnahmen	5110161790000	Baulandumlegung/Vermessung	- 2.000,00 €	Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden hier auf ein Mindestmaß reduziert.
22.	Abfallwirtschaft	5370161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 2.800,00 €	Die Anschaffung der Dog-Stationen wird zurückgestellt.
23.	Abfallwirtschaft	5370169930000	2 Dog-Stationen	- 20.000,00 €	Die Sanierung des Radweges von Hutzdorf bis Pfordt wird zurückgestellt.
24.	Gemeindestraßen	5410160560010	Sanierung Radweg Hutzdorf bis Pfordt	- 25.000,00 €	Die Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Brücken werden auf ein Mindestmaß reduziert. Schilder werden nur bei zwingender Notwendigkeit ausgetauscht.
25.	Gemeindestraßen	5410161610000	Unterhaltung Brücken	- 3.000,00 €	Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltungen werden entsprechend reduziert.
26.	Gemeindestraßen	5410161630000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 5.000,00 €	Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltungen werden entsprechend reduziert.
27.	Gemeindestraßen	5410161650000	Beschulderung	- 5.000,00 €	Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltungen werden entsprechend reduziert.
28.	Straßenreinigung, Winterdienst	5450161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 5.000,00 €	Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltungen werden entsprechend reduziert.
29.	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	5510161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 5.000,00 €	Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltungen werden entsprechend reduziert.
30.	Öffentliche Gewässer, wasserbauliche Anlagen Gewässerschutz	5520161610000	Instandhaltung Gebäude + Außenanl.	- 9.000,00 €	Die an den Friedhöfen vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen werden zurückgestellt.
31.	Friedhöfs- und Bestattungswesen	5530161610000	Rimbach + Sandhofs Rep. Mauern	- 8.000,00 €	
32.	Friedhöfs- und Bestattungswesen	5530161610000	Rimbach Erneuerung Bordsteine	- 2.000,00 €	
33.	Friedhöfs- und Bestattungswesen	5530161610000	Willofs Renovierung Trauerhalle-Eigenl.	- 4.000,00 €	
34.	Kommunale Wirtschaftsförderung	5710168900010	Wirtschaftswerbung	- 2.000,00 €	Der Ansatz für Wirtschaftswerbung wird auf 10.000 EUR reduziert.
35.	Dorfgemeinschaftshäuser	5730161610000	Hutzdorf Anstrich Innenräume + Fenster Hutzdorf	- 5.000,00 €	
36.	Dorfgemeinschaftshäuser	5730161610000	Außenwandisolierung Fraurombach	- 3.000,00 €	Die für 2019 vorgesehenen größeren Unterhaltungsmaßnahmen an diversen Dorfgemeinschaftshäusern werden zurückgestellt.
37.	Dorfgemeinschaftshäuser	5730161610000	Unter-Schwarz Sanierung Giebel	- 350,00 €	
38.	Dorfgemeinschaftshäuser	5730161630000	Instandhaltung Einrichtung	- 2.000,00 €	
39.	Dorfgemeinschaftshäuser	5730161710000	Müllgebühren	- 2.000,00 €	
40.	Uhren, Backhäuser, öffentliche Waagen, Plätze, Bänke, Brunnen	5730261610000	Backhaus Bernhausen - Material Holz- und Geräteschuppen	- 1.000,00 €	Die Materialkosten werden nicht übernommen und die Maßnahme wird zurückgestellt.
41.	Märkte / Veranstaltungen	5730560110010	Veranstaltungen	- 1.000,00 €	
42.	Märkte / Veranstaltungen	5730560110090	Weihnachtsmarkt	- 5.000,00 €	Die Ansätze für diesen Bereich werden gekürzt.
43.	Tourismus	5750160990010	Fremdenverkehrswerbung	- 200.000,00 €	Der Ansatz für Fremdenverkehrswerbung wird auf die Höhe der Vorjahre - 20.000 EUR reduziert.
			Gesamt:	- 200.000,00 €	

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-983/XI

Aktenzeichen:	FB 02-2019
federführendes Amt:	50 Geschäftsstelle Stadtwerke
Sachbearbeiter:	Technischer Betriebsleiter Klaus Lüders
Datum:	14.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

- TOP 9. Anträge und Anfragen der Fraktionen**
TOP 9.1 Fraktion CDU vom 05.06.2019
TOP 9.1.3 Anfrage: Verspätete Eröffnung des Freibades

Das Schlitzer Freibad wurde in diesem Jahr später als geplant eröffnet:

- **Was waren die konkreten Umstände?**
- **Sollten technische Probleme die Ursache sein, konnten diese komplett behoben werden?**

Das Freibad Schlitz wurde in diesem Jahr später eröffnet, da sich unvorhersehbare Wasserverluste ergeben haben.

Vor Saisonbeginn wurden durch die Firmen Karn (Tiefbau) und Landgraf Energietechnik Undichtigkeiten in den Zuleitungen zum Schwimmerbecken repariert, die nach Saisonende 2018 lokalisiert werden konnten. Dabei wurden auch gebrochene Rohrleitungen der Beckenrinne repariert.

Nach Befüllung der Becken und Inbetriebnahme des Wasserkreislaufes traten erneut erhebliche Wasserverluste (ca. 200 m³ am Tag) auf. Bei diesen Verlusten ist neben den Kosten ein ordentlicher Betrieb nicht durchführbar. Zur Lokalisierung der Wasserverluste musste der Wasserkreislauf Abschnittsweise überprüft werden, was eine entsprechende Zeit in Anspruch nahm.

Neben bereits bekannten Schwachstellen wurden weitere Undichtigkeiten und defekte Schieber lokalisiert und identifiziert.

Eine kurzfristige Reparatur hätte eine Schließung des Bades um weitere 2 – 4 Wochen bedeutet.

Durch Provisorien und geeignete Maßnahmen kann der Wasserverlust derzeit in einem akzeptablen Rahmen gehalten werden.

Die notwendigen Maßnahmen zur Reparatur werden derzeit aufgelistet, um die Realisierbarkeit zu prüfen und eine Kostenübersicht zu erhalten. Eine erste Schätzung liegt bei 30 – 40.000 €.

Die Reparaturen sollen dann nach der Saison 2019 bzw. vor der Saison 2020 erfolgen.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-988/XI

Aktenzeichen:	
federführendes Amt:	10 Fachbereich Zentrale Dienste
Sachbearbeiter:	Herr Weißhaupt
Datum:	17.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

9. Anträge und Anfragen der Fraktionen

9.1. Fraktion CDU vom 05.06.2019

9.1.4. Anfrage: In der Vergangenheit soll es immer wieder zu Engpässen gekommen sein, Feuerwehrleute mit persönlicher Schutzausrüstung zu versorgen.

- Gab es hier Engpässe?
- Gibt es aktuelle Bedarfe, die noch nicht gedeckt sind?
- Ist beim Fehlen dieser Ausstattung Personal nicht einsetzbar?

Im vergangenen Jahr kam es zu Lieferengpässen unserer Bekleidungslieferanten. Da es bei den Bekleidungsherstellern zu Rohstoffknappheit kam, war nicht nur unser Lieferant betroffen.

Zum Ende 2018 konnte unser Lieferant die ausstehenden Bestellungen liefern.

Derzeit sind keine Bestellungen offen.

Es kann dazu kommen, dass Personal beim Nichtvorhandensein der Ausrüstung nicht einsatzbereit ist.

Dies beschränkt sich aber auf Neueinkleidungen von Einsatzkräften, die noch nicht über einen Grundlehrgang verfügen und somit noch nicht am Einsatzdienst teilnehmen können.

Bei der Atemschutzbekleidung wird durch die Reserve in der Kleiderkammer die Einsatzbereitschaft aufrechterhalten.

Die Feuerwehren des Schlitzerlandes waren zu jedem Zeitpunkt einsatzbereit.

Im Haushalt 2020/21 werden wir Haushaltsmittel vorsehen müssen, um die Schutzkleidung der Atemschutzgeräteträger zu ersetzen, da ein Großteil durch Einsatzverschleiß oder altersbedingt ausgemustert werden muss.

Momentan laufen Trageversuche und Produktvorstellungen der einzelnen Anbieter.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-984/XI

Aktenzeichen:	I/1
federführendes Amt:	10 Fachbereich Zentrale Dienste
Sachbearbeiter:	Herr Gekkel
Datum:	14.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

9. Anträge und Anfragen der Fraktionen

9.2. Fraktion BLS vom 08.06.2019

9.2.5. Anfrage: Schwimmkurse für Flüchtlinge

Auch in diesem Jahr kann die Stadt Schlitz Mittel aus dem Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“ beantragen. Das Land hat vorgeschlagen mit den Mitteln vorrangig Schwimmkurse für Flüchtlinge zu finanzieren, da diese überwiegend Nichtschwimmer seien. Wie ist der Stand in dieser Angelegenheit?

Das Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“ wird in 2019 fortgeführt. Die Fördersumme für die Stadt Schlitz beträgt in diesem Jahr 9.000 Euro. Die Stadt Schlitz hat den Bewilligungsbescheid zum Förderprogramm am 15.04.2019 erhalten.

Der Koordinierungsstab Flüchtlingshilfe der Stadt Schlitz hat bereits bei den Stadtwerken Schlitz nachgefragt, ob separate Schwimmkurse für Flüchtlinge im Schlitzer Freibad angeboten werden können oder ob eine Integration in den bereits geplanten Schwimmkurs möglich sei. Aufgrund personeller Engpässe ist die Organisation weiterer Kurse derzeit nicht möglich. Der geplante Kurs ist bereits voll ausgebucht. Seitens der Stadtverwaltung Schlitz wurden bereits mehrfach Stellenausschreibungen für das Freibad geschaltet – leider erfolglos. Momentan bemüht sich die Stadt Schlitz einen Auszubildenden als Fachkraft für Bäderbetriebe (m/w/d) für das Freibad zu gewinnen. Bislang liegt eine Bewerbung vor.

Der Koordinierungsstab Flüchtlingshilfe der Stadt Schlitz steht ebenfalls mit den Bädern in Lauterbach und Hünfeld in Kontakt. Die Teilnahme an Schwimmkursen im Spätsommer wurde in Aussicht gestellt. Eine verbindliche Aussage wurde jedoch noch nicht getroffen.

Aufgrund des Fachkräftemangels gestaltet es sich als äußerst schwierig, entsprechendes Personal zu finden. Der Koordinierungsstab ist weiterhin bemüht, den Flüchtlingen eine Teilnahme an einem Schwimmkurs zu ermöglichen.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-992/XI

Aktenzeichen:	TD/Wep
federführendes Amt:	20 Fachbereich Technische Dienste
Sachbearbeiter:	Herr Weppler
Datum:	18.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

- TOP 9 Anträge und Anfragen der Fraktionen**
 9.2 Fraktion BLS vom 08.06.2019
 9.2.6 Anfrage: Sicherung gefährdeter Gebäude der ehemaligen Brauerei

Frage:

Auf der Sitzung am 12.11.2018 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der BLS den Magistrat beauftragt „zu prüfen, welche dringend notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Bausubstanz der im städtischen Eigentum befindlichen Gebäude der ehemaligen Brauerei erforderlich sind.“ Und weiter: „Notwendige Maßnahmen sind schnellstmöglich durchzuführen. Sofern erforderliche Mittel nicht zur Verfügung stehen, wird der Magistrat ermächtigt, sie im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2018 bzw. auf den Haushalt 2019 zu verausgaben. Mögliche Fördermittel insbesondere von Seiten der Landesdenkmalpflege sind in Anspruch zu nehmen.“
Was ist in dieser Angelegenheit seitdem geschehen?

Antwort:

Vor dem Einbruch der Wintersaison 2018 wurden durch städtische Mitarbeiter des Bauhofs kleinere, dringend notwendige Reparaturarbeiten am Dach durchgeführt, damit es nicht ins Gebäude hinein regnet.

Die Gebäude werden regelmäßig beobachtet und vorhandene Schäden, so gut wie möglich, ausgebessert.

Im Haushaltsplan 2019 stehen für Dachreparaturmaßnahmen Mittel in Höhe von 10.000,00 € zur Verfügung.

Die nächste Ortsbegehung wird gemeinsam mit einem Dachdecker stattfinden. Hierbei werden sämtliche Gebäude abgelaufen sowie die Dachflächen und Gauben begutachtet.

Festgestellte Schäden werden aufgenommen und schnellstmöglich behoben.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-990/XI

Aktenzeichen:	TD/Göb
federführendes Amt:	20 Fachbereich Technische Dienste
Sachbearbeiter:	Frau Göbel
Datum:	17.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

TOP 9 Anträge und Anfragen der Fraktionen

TOP 9.3 Fraktion FDP vom 09.06.2019

TOP 9.3.4 Anfrage: Glyphosat auf stadteigenen Flächen

Frage:

Wie ist der aktuelle Fortschritt zum Verbot von Glyphosat auf stadteigenen Flächen?

Wie wird dies kontrolliert?

Wurden alle Verträge diesbezüglich aktualisiert?

Wenn nein, wo besteht noch Handlungsbedarf?

Antwort:

Der städtische Bauhof verwendet seit der Neuregelung des Pflanzenschutzgesetzes im Februar 2012 kein Glyphosat auf stadteigenen Flächen.

Die Pächter wurden bezüglich des Verbotes der Aufbringung von Glyphosat und neonicotinoidhaltigen Pestiziden auf städtischen Flächen angeschrieben; die Pachtverträge wurden entsprechend aktualisiert. Allerdings besteht rechtlich keine Verpflichtung dazu, diese Ergänzung zu unterschreiben.

Von 125 verschickten Vertragsergänzungen kamen 95 zurück.

Bei Neuabschlüssen wird das Verbot im Pachtvertrag bereits mit vereinbart.

Eine Kontrolle ist so gut wie nicht möglich. Der Einsatz von Glyphosat ist erst anhand der Folgen erkennbar. Ein Nachweis über einen Glyphosateinsatz wäre nur durch Bodenproben festzustellen. Wer in dem Fall der Bodenproben die Kosten zu tragen hätte, müsste rechtlich geklärt werden.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-986/XI

Aktenzeichen:	I/1
federführendes Amt:	10 Fachbereich Zentrale Dienste
Sachbearbeiter:	Herr Gekkel
Datum:	14.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

9. Anträge und Anfragen der Fraktionen

9.3. Fraktion FDP vom 09.06.2019

9.3.5. Anfrage: Vorstellung der Arbeit des Tierheims Lauterbach

Mit einem Begleitbeschluss des Haushalts der Stadt Schlitz für das laufende Jahr wurde beschlossen, die Zahlung einer freiwilligen Spende für das Tierheim in Lauterbach mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis sich das Tierheim im Rahmen einer Ausschusssitzung vorgestellt und über seine Arbeit berichtet hat. Wurde bereits eine Einladung ausgesprochen? Wann ist mit einer Vorstellung zu rechnen?

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung Haushaltsplan 2019 / Wirtschaftsplan 2019 ist mit Schreiben der Kommunalen Finanzaufsicht vom 31.05.2019 am 07.06.2019 bei der Stadt Schlitz eingegangen. Aufgrund des erhöhten Arbeitsaufkommens wurde seit der Genehmigung des Haushaltsplan 2019 noch kein Termin mit dem Tierheim festgelegt.

Es ist vorgesehen, nach der Sommerpause einen Termin mit dem Tierheim zu vereinbaren, in dem die Arbeit und der Finanzbedarf des Tierheims im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgestellt werden soll.

STADT SCHLITZ

Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

Drucksache VL-985/XI

Aktenzeichen:	I/1
federführendes Amt:	10 Fachbereich Zentrale Dienste
Sachbearbeiter:	Herr Gekkel
Datum:	14.06.2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2019	

9. Anträge und Anfragen der Fraktionen

9.4. Fraktion SPD vom 10.06.2019

9.4.4. Anfrage: Finanzielle Belastung durch Rechtsstreit

Welche finanzielle Belastung ist für die Stadt Schlitz insgesamt wegen des Rechtsstreits um die Straßenbeitragssatzung entstanden (Gerichtskosten, Anwaltskosten, etc.)?

Die bis zum heutigen Tage angefallenen finanziellen Belastungen für die Stadt Schlitz im Rahmen des Rechtsstreites über die Straßenbeitragssatzung liegen insgesamt bei 40.625,53 Euro.

Die Kosten teilen sich folgendermaßen auf:

Gerichtskosten	4.410,50 Euro
Kostenfeststellung + Zinsen Kreiskasse	40,27 Euro
Rechtsanwaltskosten	36.174,76 Euro
Gesamt:	40.625,53 Euro

Die Kosten sind in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2017 und 2018 wie folgt angefallen:

Jahr	Art	Betrag
2011	Gerichtskosten Gerichtskasse Gießen Allg. Verfahrensgebühr	199,50 Euro
2012	Gerichtskosten Gerichtskasse Gießen Allg. Verfahrensgebühr	588,00 Euro
2012	Kreiskasse Lauterbach Kostenfestsetzung + Zinsen	40,27 Euro

2013	Gerichtskosten VGH Kassel Allg. Verfahrensgebühr	968,00 Euro
2013	Rechtsanwaltskosten RA Schlempp (März 2011- Januar 2012)	9.386,13 Euro
2017	Rechtsanwaltskosten RA Schlempp (Oktober 2015)	2.175,80 Euro
2018	Rechtsanwaltskosten RA Schlempp I. Instanz (Januar 2012 – Juni 2013)	6.090,42 Euro
2018	Rechtsanwaltskosten RA Schlempp II. Instanz (Juli 2013 – 15. Februar 2018)	18.522,41 Euro
2018	Gerichtskosten Bundesverwaltungsgericht Allg. Verfahrensgebühr	1.595,00 Euro
2018	Gerichtskosten Hessischer Verwaltungsgerichtshof Allg. Verfahrensgebühr	1.060,00 Euro
Gesamtbetrag		40.625,53 Euro

Die Honorarkosten für das Revisionsverfahren können noch nicht angegeben werden, da die Honorarrechnung des Prozessbevollmächtigten noch nicht vorliegt.